

Ultraorthodoxe in Israel

Kein Geld für Kriegsdienstverweigerer

Die Regierung Netanjahu streitet über die Wehrpflicht von ultraorthodoxen Juden. Das Oberste Gericht heizt den Konflikt nun an: Für Wehrdienstverweigerer sollen die Religionsschulen keine Zuschüsse mehr erhalten.

Von CHRISTIAN MEIER, TEL AVIV



© EPA

Mitglieder der Organisation „Brothers in Arms“ demonstrieren am Dienstag in Jerusalem für eine Gleichbehandlung bei der Einziehung zum Wehrdienst.

Nach einer Entscheidung von Israels Oberstem Gericht zur Wehrpflicht ultraorthodoxer Religionsstudenten ist heftiger Streit in der Regierung ausgebrochen. Das Gericht hatte am Donnerstag vorläufig verfügt, dass der Staat jüdischen Religionsakademien (Jeschiwas) vom 1. April an keine Zuschüsse mehr für Studenten zahlen darf, die keinen Wehrdienst leisten. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu beschuldigte daraufhin Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara, deren Stellungnahme die strikte Linie der Richter vorweggenommen hatte, sie wolle die Regierung zu Fall bringen.

Er hatte zuvor vergebens unter Verweis auf den Krieg versucht, dem Gericht eine weitere Vertagung der Entscheidung abzurufen. Denn seine Regierung vermochte es aufgrund interner Uneinigkeit nicht, dem Gericht innerhalb der gesetzten Frist einen Plan vorzulegen, wie sie mit der strittigen Frage der Wehrpflicht der Religionsstudenten verfahren will. Diese sind seit Jahrzehnten de facto vom Wehrdienst ausgenommen, obwohl das Oberste Gericht mehrere diesbezügliche Gesetze für grundgesetzwidrig erklärt hat.

Oberrabbiner droht mit Massenauswanderung

Verteidigungsminister Joav Galant von Netanjahus Likud-Partei und der Minister Benny Gantz von der „Nationalen Einheitspartei“ hatten sich geweigert, diese Politik weiter zu

verfolgen. Die ultraorthodoxen Koalitionspartner wiederum haben dem Vernehmen nach mit dem Austritt aus der Koalition gedroht, sollte die Wehrpflicht auf die Religionsstudenten ausgeweitet werden. Vertreter der ultraorthodoxen Parteien äußerten scharfe Kritik an der Entscheidung des Gerichts, welche die Jeschiwas wirtschaftlich hart treffen könnte. Medienberichten zufolge geht es um jährlich umgerechnet etwa 100 Millionen Euro, knapp ein Viertel ihres Budgets.

Izchak Josef, der sephardische Oberrabbiner Israels, hatte Anfang März mit einer Äußerung Aufsehen erregt. In seiner wöchentlichen Predigt hatte er gesagt, sollte der Staat die Religionsstudenten zum Armeedienst zwingen, „dann wandern wir alle aus“. Die Äußerung und die erregten und zum Teil auch hämischen Reaktionen darauf zeigten, wie verhärtet die Positionen bei dem Thema inzwischen sind. Viele Israelis, die drei Jahre lang Wehrdienst und bis zum Alter von mindestens vierzig Jahren oft auch Reservedienst leisten, fordern eine gerechte Verteilung der Last des Armeedienstes auf die gesamte Gesellschaft.

Der Gazakrieg, der für viele Israelis mit einer Einberufung und monatelangem Armeedienst verbunden war, hat ihren Ärger über die Ausnahmeregelung für Ultraorthodoxe noch verstärkt. Die „Bewegung für Qualitätsregierung in Israel“, welche beim Obersten Gericht eine Petition gegen die Wehrdienstbefreiung von Religionsstudenten eingereicht hatte, sprach von einer „historischen“ Entscheidung, die das Ende der „illegitimen Diskriminierung“ bedeute.

Nachdem das bislang letzte Gesetz, das die Ausnahme der Religionsstudenten vom Wehrdienst regelte, im Sommer des vergangenen Jahres für ungültig erklärt worden war, erließ die Regierung eine Verwaltungsanordnung, die den bestehenden Zustand verlängerte. Sie läuft am 31. März aus. Theoretisch müssten auch Religionsstudenten also vom 1. April an eingezogen werden; laut Angaben der Generalstaatsanwaltschaft geht es um etwa 63.000 Personen. Die israelische Armee teilte am Freitag mit, sie werde gemäß der geltenden Rechtslage verfahren. Zugleich werde man nach Möglichkeiten suchen, wie ultraorthodoxe Wehrdienstleistende angemessen in die Armee integriert werden können.

Quelle: cmei.